

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Jahr 1998 ist auch politisch bereits in vollem Gange. Gerade ist in einem Volksentscheid das Abschaffen des bayrischen Senats mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Im Stadtrat sind bereits die ersten Entscheidungen des Jahres getroffen worden. Wir möchten Sie über Wichtiges in der Kommune ebenso informieren, wie über Landes- und Bundespolitik.

In diesem Jahr, dem „Superwahljahr“, entscheiden Sie alle über die politische Zukunft in Bayern und in der Bundesrepublik. Bei den im kommenden Herbst anstehenden Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahlen werden die Weichen für das nächste Jahrtausend gestellt.

Sicher ist: Die zur Zeit herrschende Politik des Abwartens, Nichtstuns und Schönredens wird niemanden dienen.



Nicht den Arbeitslosen, nicht den Kranken, nicht den Rentnern und auch nicht den ganz normalen Arbeitnehmern.

Also brauchen wir eine andere Politik in Bayern und in Bonn. Die SPD will im Herbst dieses Jahres die Regierungsverantwortung übernehmen. Das Motto der

Zukunft muß heißen: Probleme anpacken und nach Lösungen suchen.

Diese Aufgabe wird nicht leicht sein. Denn nach den langen Jahren der CDU-CSU-F.D.P. - Fehlpolitik stehen wir vor Massenarbeitslosigkeit, zunehmender sozialer Ungerechtigkeit und einer äußerst angespannten Finanzlage.

In dieser Ausgabe der Ebersberger Umschau wollen wir Ihnen die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD aus dem Landkreis vorstellen.

Denn: Diese Frauen und Männer stehen allesamt für eine Politik des Gestaltens - für eine Politik für alle Bürgerinnen und Bürger.

Notizen aus dem Stadtrat

SPD - Antrag: Erwerb einer Teilfläche im sogenannten „Kuhstall“

Die SPD - Stadträte beantragten, gegenüber dem Landkreis Ebersberg, die Kaufabsicht für einen Teil des sogenannten „Kuhstalls“ im Klosterbauhof zu erklären. Anzustreben ist nach Auffassung der SPD die ungefähre Nutzung von einem Drittel, um einen geeigneten Veranstaltungsraum bzw. -saal zu errichten.

Im Hintergrund stehende offensichtlich festgefahrenen Verhandlungen des Landkreises mit möglichen Investoren einerseits, andererseits die Situation mit der

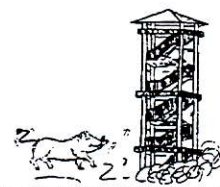
Ebersberger Sieghartsburg: für die Sanierung der nur angepachteten und „angeschlagenen“ Sieghartsburg sollen erneut einige Hunderttausend Mark berappt werden.

Zur Finanzierung schlägt SPD - Sprecher Robert Schurer vor, alle Möglichkeiten des „Städtebauförderungsgesetzes“ zu nutzen. Demnach ließen sich mit dem Einsatz von 400.000 DM aus dem Stadtsäckel weitere 600.000 Mark Komplementärmittel vom Staat

erschließen, da das Objekt förderungsfähig ist. R.S.

Hinweis: Der jährliche Radflohmarkt findet

statt ,
am
Samstag,
7. März
ab 9.00 in
der Sieghartsburg.



Ebersberg

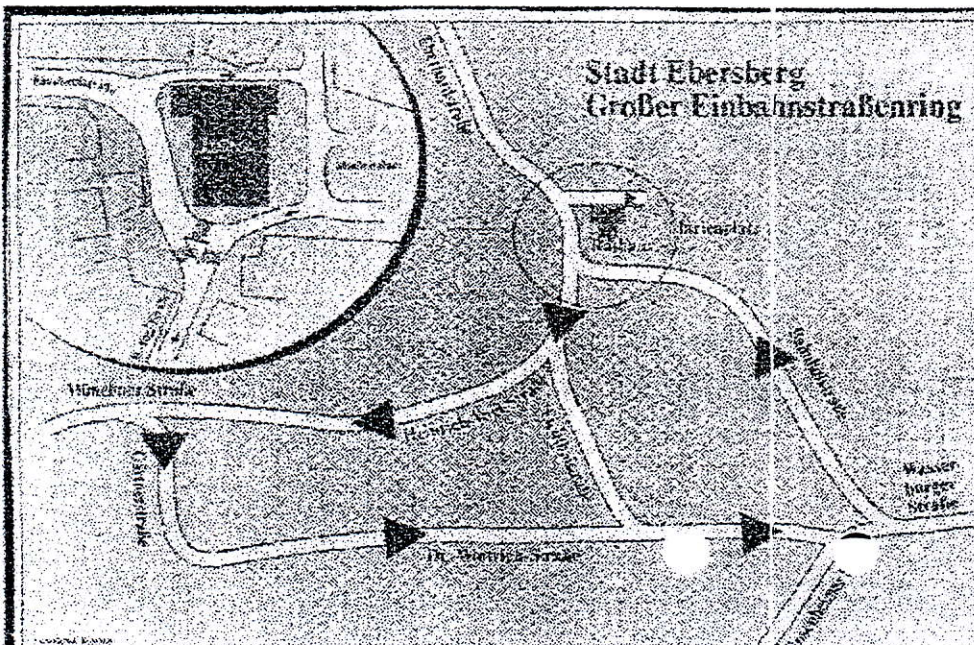
SPD

Verkehr in Ebersberg - ein politischer Dauerbrenner

von Robert Schurer

Innerörtliche Verkehrsführung: es gibt keinen Königsweg

In Verkehrsfragen gibt es keine Lösung, die nur Vorteile aufweist. Jeder noch so gute Vorschlag hat eben auch Nachteile. Deshalb nichts tun? Nein, meinte die örtliche SPD. Die Idee des Einbahnstraßenrings wurde in einer gutachterlichen Empfehlung des Verkehrsplanungsbüros Billinger nun zum besten Vorschlag „gekürt“. Alle Fraktionen beteiligten sich aktiv an der Arbeit. Aus dieser Ideenfindung gibt es keine „Verlierer oder Sieger“.



Quelle: Süddeutsche Zeitung - Ebersberger Neueste Nachrichten

Die Verkehrsführung:

- der von Süd und Ost kommend Verkehr wird einbahnig über die Bahnhofstraße zum Marienplatz geführt
- schwieriger Punkt: der Verkehr soll südlich des Rathauses in die Eberhardstraße einmünden, damit die nördliche Rathausgasse für diese Verkehre aufgelassen werden kann
- der aus Markt Schwaben Hohenlinden kommende Verkehr fährt ebenfalls einbahnig die Heinrich-Vogl-Straße aufwärts (und darf nicht mehr in den Marienplatz einmünden) und fließt entweder über die Gärtnereistraße oder die Eichthalstraße (wenn das Ziel im Osten oder Süden liegt)
- in die Gärtnereistraße und Dr. Wintrich-Straße mündet ebenfalls der von Westen (Krankenhaus) kommende Verkehr und läuft auf den „Knoten Bahnhofplatz“ zu, dort schließt sich der Kreis.

Was wir nicht wollen:

die „Auflassung“ der Bahnhofstraße (heute über 13000 Verkehrsbewegungen) mit der Folge, daß diese Verkehre dann auch zusätzlich in die Heinrich-Vogl-Straße geführt werden müssen
einen unübersichtlichen und nicht leistungsfähigen Knoten am Rathaus wie jetzt, der Stauungen in der Eberhardstraße zur Folge hat
die Verlagerung der Verkehre jetziger Bundes- und Staatsstraßen weiter auf das Straßennetz der „Gemeinde“ und damit in Wohngebiete hinein
(z. B. Wildermuth- und Ulrichstraße) - Schleichwege müssen verhindert werden

Neuordnung des Verkehrs im Ebersberger Ortskern auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion beschlossen

Der Initiative der SPD-Stadträte ist es zu verdanken, daß ab Sommer 97 eine intensive Diskussion über Verbesserungen in der innerörtlichen Verkehrsführung eingesetzt hat. Von der CSU wurde jahrelang jeder Ansatz mit Hinweis auf die geplante Südumgehung der B 304 abgewehrt. Die SPD setzte die Realität dagegen: die Umfahrungsstraße kommt nicht vor 10 Jahren und zu oft wurde sie den Ebersbergern schon versprochen. Und: von der Verlagerung des Ost-West-Verkehrs sind keine Wunder zu erwarten. Die steigenden Verkehrsaufkommen zum neuen Flughafen, zur A 94 oder zur neuen Messestadt Riem sorgen für weitere Probleme! Zeit zum Handeln, meinte die SPD und arbeitete hartnäckig an einer realistischen Verkehrskonzeption.

Schnell wurde bereits in der internen Diskussion deutlich, daß in der beengten Ebersberger Innenstadt Träumereien nicht zu verwirklichen und nur machbare Lösungen anzustreben sind. Die SPD-Idee eines Einbahnstraßenrings - jetzt mitgetragen von allen Fraktionen - wird nunmehr vom Verkehrsbüro Billinger nochmals auf „Herz und Nieren“ geprüft und mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

Wenig souverän: Bürgermeister Walter Brilmayer

Jahrelang blockierte er zusammen mit der CSU die Überlegungen für Verbesserungen in der Innenstadt, weil er ausschließlich auf die B-304-Umgehung setzte. Mühevoll sprang er dann auf die von der SPD angestrebte Diskussion des Themas auf. Der nicht ausgereifte CSU-Vorschlag mußte zwangsläufig ausscheiden.

Durchgesetzt hat sich der Vorschlag der SPD. Jetzt hat Brilmayer Mühe, das Ergebnis darzustellen. Die von zwei Ebersberger Bürgern modifizierte SPD-Variante auszuführen, will ihm nun nicht gelingen. In seiner Öffentlichkeitsarbeit aus dem Rathaus verschweigt er die Herkunft der Planung.

Warum kann ein CSU-Rathauschef nicht auch mit der Arbeit anderer Fraktionen natürlich umgehen? Die SPD-Stadträte werden keine weitere Diskussion um die „Urheberschaft“ des Einbahnstraßenrings austragen. Das Thema Verkehr ist und wird kompliziert genug.

Trotzdem ist das Verhalten des CSU-Bürgermeisters wenig souverän. Die Amtsführung eines Bürgermeisters verlangt eben manchmal auch Objektivität und Überparteilichkeit!

SPD: Was wir wollen:

- eine Entlastung des Marienplatzes
- mehr Verkehrssicherheit durch Einbahnregelung: die Verkehre werden berechenbarer und es entsteht „Raum“ für Fußgänger und Radfahrer
- den Knoten am Bahnhofplatz so signalisieren, daß dem Straßenzug Wasserburger Straße und Dr.-Wintrich-Straße die Vorfahrt eingeräumt wird
- Verflüssigung der Verkehre, z. B. durch Änderung der Vorfahrtsregelung am Rathaus: der Verkehr von Nord nach Süd könnte künftig direkt in die Heinrich-Vogl-Straße einfahren
- Ausbau des Geh- und Radweges in der Dr.-Wintrich-Straße (jetzt nur bis zur Sparkasse vorhanden)

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten...

...für den Bundestag

Ewald Schurer



Der 43-jährige Ebersberger ist verheiratet und Vater von 3 Kindern. Als Diplom - Be-

triebswirt ist er tätig im Bereich Wirtschaftsinformationen und Marketing.

In der SPD ist er seit 1972 Mitglied, für seine Partei sitzt er seit 1984 im Kreistag. Als Kreisvorsitzender lenkt er die Geschicke der Landkreis - SPD.

Ewald Schurer kandidiert zum zweiten Mal für den Deutschen Bundestag.

Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Vision einer modernen Wirtschaftspolitik, die auf den sozialen Bedürfnissen der Menschen basiert. In den großen Themen Wirtschafts- Sozial- und Arbeitsmarktpolitik müsse die SPD jetzt Kompetenz beweisen, so Schurer.

„Der konservativen Politik muß eine neue sozialdemokratische

Ära entgegengesetzt werden.

Allein eine seriöse Finanzausstattung der Länder und Gemeinden durch den Bund würde ein riesiges Beschäftigungsprogramm bedeuten. In den Bereichen Verkehrstechnik, Umweltschutz, Bildung und Aus- und Fortbildung, aber auch für soziale Projekte gibt es einen Milliardenbedarf für wirtschaftlich und gesellschaftlich wertvolle Investitionen. Damit wären mindestens zwei Millionen neuer, qualifizierter Arbeitsplätze zu schaffen.“

Deshalb, so der Kandidat weiter, müsse unsere Steuerpolitik darauf ausgerichtet werden, Investitionen für Arbeitsplätze und ökologischen Fortschritt gezielt zu fördern.

...für den Landtag

Bärbel Narnhammer

Die 49 - jährige Anzingerin ist verheiratet und hat einen Sohn. Ihren Beruf als Erzieherin hat sie 17 Jahre lang ausgeübt, bevor sie dann Kinderpflegerinnen ausgebildet hat.

Seit 1973 ist sie Mitglied der SPD, die sie seit 1984 auch im Gemein-

derat und im Kreistag vertritt. Seit 1990 ist sie Mitglied des bayerischen Landtages und dort SPD - Sprecherin für Kindertagesstätten. Ihre weiteren politischen Schwerpunkte sind vor allem die Schul- und Bildungspolitik.

Für eine gerechtere Politik:

im Herbst  **SPD**

...für den Bezirkstag

Ralf Kirchner

Der 27 - jährige Chemie - Student ist in Vaterstetten geboren, wo er auch heute noch lebt.

1989 in die SPD eingetreten, ist er seit 1992 Geschäftsführer des SPD - Kreisverbandes Ebersberg. In der Bürgerinitiative gegen Müllverbrennung ist er ebenso aktiv, wie in der VHS, der Nachbarschaftshilfe und verschiedenen Vereinen.

1998 kandidiert er zum zweiten Mal für den Bezirkstag. Zu seiner politischen Motivation sagt er: „Eine Demokratie muß sich gerade an ihrem Umgang mit den Schwächeren messen lassen. Begriffe wie Solidarität und Verantwortung müssen mit Leben erfüllt werden.“

Notizen aus dem Stadtrat

Bürgerbeteiligung bei Umsetzung der Agenda 21 in Ebersberg

In der letzten Umweltausschußsitzung des Ebersberger Stadtrates entstand wieder einmal der Eindruck, dass CSU - Mehrheitsfraktion und Verwaltung die Beteiligung und Mitwirkung von Bürgern eher als ungeliebte Pflichtübung denn als Bereicherung und Chance ansehen.

Anders läßt sich die ursprüngliche Absicht, die Themen „Umsetzung der Agenda 21“

und praxisorientierte Auseinandersetzung mit dem „Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung“ erst einmal in der Verwaltung auf Sparflamme zu setzen wohl nicht erklären.



Der überzeugenden Argumentation von Angela Portenlänger und Reinhard August ist zu verdanken, dass schließlich doch

ein anderes Vorgehen beschlossen wurde. Der mit großer Mehrheit verabschiedete Antrag der beiden SPD - Vertreter sieht die Schaffung eines kleinen, kompetent besetzten Arbeitskreises vor, der noch im Jahr 1998 eine Auftaktveranstaltung mit aktiver Bürgerbeteiligung organisieren soll.

Ziel ist es, Ideen zu sammeln und die Bürgerinnen und Bürger zu kreativem Mitmachen zu ermutigen.

R. August